

„AMPEL“ - UND „JAMAICA“ - BÜNDNISSE ALS MODELLE ZUKÜNFTIGER MEHRHEITSBILDUNG?

ZU DEN ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN KLEINERER PARTEIEN IN
MEHRPARTEIENKOALITIONEN

Hans-Jörg Dietsche

Seit dem unerwarteten Ausgang der Bundestagswahl 2005, bei der die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD zusammen nur noch 69,4 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten, wird immer wieder das drohende Ende der großen Volksparteien beschworen und damit das Menetekel für das deutsche Parteiensystem in seiner bisherigen Form an die Wand gemalt. Gleichzeitig werden lebhaft neue Formen der Mehrheitsbildung diskutiert und das öffentliche Interesse an Dreierbündnissen, denen auch Spitzenpolitiker einen gewissen „Charme“ attestieren, nimmt deutlich zu¹; so war nach der Bundestagswahl 2005 „Jamaica“ in aller Munde. Währenddessen stilisieren andere solche Bündnisoptionen zu Zukunftsmodellen für eine neue Form von Politikgestaltung.²

VERÄNDERTE BEDINGUNGEN FÜR DIE MEHRHEITSBILDUNG

Die Konstante schlechthin des bundesdeutschen Parteiensystems war bis 2005 die Dominanz der Volksparteien CDU und

SPD, die zusammen stets einen Anteil von wenigstens drei Vierteln der Wählerstimmen auf sich vereinigten und damit letztlich den Wahlausgang „unter sich“ ausmachten, d.h. im Regelfall eine Volkspartei mit einem kleineren Koalitionspartner die Regierungsmehrheit bildete. Dies blieb auch bei den Wahlen nach der Wiedervereinigung so. 1972 und 1976 lag der Anteil der Volksparteien sogar bei über 90 Prozent der Stimmen.³

Die Mehrheitsbildung erfolgte in diesem System im Regelfall durch ein Bündnis einer Volkspartei mit einer kleineren Partei. Die absolute Mehrheit von CDU/CSU 1957 war hier die Ausnahme; die erste Große Koalition 1967 ist bereits nicht mehr als echte Ausnahme anzusehen, da diese Mehrheitsbildung koalitionstaktisch abseits der numerisch möglichen Mehrheiten aus einer großen und einer kleinen Partei erfolgte.

Mit der Bundestagswahl 2005 hat diese Konstante in der Mehrheitsbildung einen Bruch erfahren. Zum ersten Mal war eine Mehrheitsbildung im Bund nur möglich durch eine Mehrparteienkonstellation – eine Volkspartei und zwei kleinere Parteien – oder eben ein Bündnis beider großer Volksparteien. In der Tat war zuvor bei verschiedenen Wahlen eine Tendenz in Richtung Segmentierung des Parteiensystems, verbunden mit Wahlerfolgen kleinerer Parteien und asymmetrischen Zuspitzungen, zu beobachten. So hatte 2001 die „Schill-Partei“ PRO (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) mit aus dem Stand 19,4 Prozent den massivsten Stimmenzuwachs und 2004 mit einem Ergebnis von gerade noch 0,4 Prozent den massivsten Verlust zu verzeichnen. 2004 rutschte die SPD in Sachsen in den einstelligen Prozentbereich und erlitt mit 9,8 Prozent das schlechteste Ergebnis, das die beiden Volksparteien bis dahin zu verbuchen hatten. Im gleichen Jahr rutschte in Brandenburg die CDU mit 19,4 Prozent erstmals unter die 20-Prozent-Marke, während zugleich mit der DVU erstmals eine extremistische, die parlamentarische Mitarbeit verweigernde Partei mit über fünf Prozent der Stimmen zum zweiten Mal in Folge in ein Parlament gewählt wurde. Mit der Landtagswahl in Sachsen 2004 waren erstmals sechs Parteien – CDU, SPD, Die Linke/PDS, FDP, Grüne und NPD – in Fraktionsstärke in einem Parlament vertreten.

Vor diesem Hintergrund erscheint das in der Bundesrepublik bis dahin übliche Modell, eine Regierungskoalition aus einer der beiden Volksparteien zusammen mit einer kleineren Partei, bisweilen wie ein Auslaufmodell. Zwar gibt es zurzeit in Deutschland kein Drei-Parteien-Bündnis in irgendeiner Form, aber unklare Mehrheitsverhältnisse haben des Öfteren

Große Koalitionen der beiden politischen Marktführer erzwungen. Anfang 2007 stellten lediglich noch in vier Ländern – in Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg – klassische Koalitionen aus einer Volkspartei und einem kleinen Partner die Regierungsmehrheit. Demgegenüber regierten neben der Großen Koalition im Bund schwarz-rote Bündnisse in sechs von sechzehn Ländern, nämlich Bremen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen. Lediglich in Bremen hat 2007 ein rot-grünes Bündnis die Große Koalition nach nunmehr zwölf Jahren abgelöst.

Da Große Koalitionen auch weiterhin von den beiden Volksparteien als Ausnahmefälle betrachtet werden, liegen Gedanken- und Planspiele in Bezug auf neue Möglichkeiten für Dreierkonstellationen nahe. Neben einer „Ampelkoalition“ aus SPD, FDP und Grünen wären dies die Varianten „schwarze Ampel“ („Schwampel“ oder „Jamaika“) aus CDU, FDP und Grünen sowie „Rot-Rot-Grün“ als Fortführung des „rot-grünen Projekts“ unter Einschluss der Linkspartei. So gänzlich neu sind solche Konstellationen jedoch – von „Jamaika“ einmal abgesehen – nicht. „Ampelkoalitionen“ regierten in Brandenburg von 1990 bis 1994 und in Bremen von 1991 bis 1995. Rot-Rot-Grün waren letztlich die beiden PDS-tolerierten rot-grünen Minderheitsregierungen in Sachsen-Anhalt („Magdeburger Modell“) von 1994 bis 1998 sowie in Berlin – nach dem Zerschlagen der Großen Koalition bis zu den Neuwahlen – von Juni bis Oktober 2001. Eine andere Dreierkonstellation aus CDU, FDP und PRO (Partei Rechtsstaatlicher Offensive, beziehungsweise „Schill-Partei“) bestand von 2001 bis 2004 in Hamburg. Wie der Berliner „Übergangssenat“ von 2001 war auch die von der PDS tolerierte SPD/FDP-Minderheitsregierung in Brandenburg von März bis September 1994 als reine Übergangsregierung bis zur Abhaltung von Landtagswahlen angelegt; beide losen Dreierbündnisse haben politisch keine Gestaltungswirkung entfaltet. Demgegenüber kam in Schleswig-Holstein das nach der Landtagswahl im Februar 2005 geschmiedete Bündnis von SPD, Grünen und „Südschleswigischem Wählerverband“ (SSW), der Partei der dänischen Minderheit, in Form einer rot-grünen Minderheitsregierung unter SSW-Tolerierung („Dänen-Ampel“) nicht zum Tragen, da die Wahl der Ministerpräsidentin im Landtag am 17. März 2005 in drei Wahlgängen scheiterte.⁴ In förmliche Koalitionsverhandlungen über die Bildung einer „Ampel“ in Berlin waren SPD, FDP und Grüne nach der Wahl 2001 eingetreten, wobei sich die Gegensätze jedoch als unüberbrückbar erwiesen.⁵

DIE BISHERIGEN DREIERBÜNDNISSE IN DEN DEUTSCHEN LÄNDERN

Bei allen Spekulationen über zukünftige Bündniskonstellationen lohnt daher ein Blick zurück auf die Dreierbündnisse der jüngeren bundesrepublikanischen Geschichte: die „Ampeln“ in Brandenburg und Bremen und die CDU/FDP/PRO-Koalition in Hamburg.

Zunächst ist hierbei augenfällig, dass in allen drei Fällen der Wähler am Ende die Koalition nicht bestätigt hat und in allen Fällen immer nur eine Partei von dem Bündnis profitierte, das heißt an Stimmen zulegen konnte, während die beiden anderen Partner jeweils in erheblichem Maße an Stimmen einbüßen mussten. In allen Fällen hatte zudem die Beteiligung an der Koalition für wenigstens eine der kleineren Parteien den Verlust der parlamentarischen Vertretung zur Folge.

In Brandenburg wuchs 1994 der Stimmenanteil der SPD von 38,2 Prozent auf 54,1 Prozent an, während ihre Bündnispartner Bündnis90/Die Grünen – von 9,3 Prozent auf 2,9 Prozent – und FDP – von 6,6 Prozent auf 2,2 Prozent – deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Ähnlich verlief die Entwicklung 2004 in Hamburg, wo die CDU, rein numerisch betrachtet, die gesamte Wählerschaft der „Schill-Partei“ (PRO) für sich gewinnen konnte und von 26,2 Prozent auf 47,2 Prozent emporschnellte, während PRO von 19,4 Prozent auf 0,4 Prozent abstürzte und auch die FDP – von 5,1 Prozent auf 2,8 Prozent – deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb. Ein etwas differenzierteres Bild ergab sich 1995 beim Ende der Bremer „Ampel“. Die FDP stürzte von 9,5 Prozent auf 3,4 Prozent, während sich die Grünen von 11,4 Prozent auf 13,1 Prozent etwas verbessern konnten. Hingegen hatte die SPD schwere Verluste von 5,4 Prozent hinzunehmen und verbuchte mit 33,4 Prozent ihr bislang schlechtestes Ergebnis in ihrem Stammland Bremen.

Eine Hauptursache für das schlechte Abschneiden der SPD und auch der bürgerlichen FDP in Bremen war der Erfolg der AFB (Wählervereinigung „Arbeit für Bremen und Bremerhaven“), einer rechten Abspaltung der SPD, die aus dem Stand 10,7 Prozent der Stimmen erzielte. Die AFB hatte sich Anfang 1995 mit dem Ziel konstituiert, eine Neuauflage der „Ampel“ zu verhindern und stattdessen eine bürgerlich geprägte „Sanierungskoalition“ anzustreben. Damit war der Erfolg der AFB unvermittelter Ausdruck der Unzufriedenheit eines Teils der SPD-Wähler – und offen-

sichtlich auch eines Teils der FDP-Klientel – mit der Politikgestaltung durch ihre Partei in der Konstellation „Ampelkoalition“. Als „Sieger“ aus diesem von Dauerkonflikten gekennzeichneten Dreierbündnis gingen die Grünen hervor, die sich mit einer gewissen Kompromisslosigkeit in der Verfolgung ihrer politischen Ziele gegenüber ihrer Wählerklientel erfolgreich auf Kosten der anderen Koalitionäre profiliert hatten. Am augenfälligsten kam dies in der so genannten „Piepmatzaffäre“ zum Ausdruck: Der grüne Umweltsenator Ralf Fücks hatte das als Gewerbegebiet ausgewiesene Gebiet Hemelinger Marsch ohne Absprache mit den Koalitionspartnern als Vogelschutzgebiet bei der Europäischen Union gemeldet.⁷ Diese Düpierung war Anlass für die FDP, die auch den Wirtschaftssenator stellte, noch vor der anstehenden Bürgerschaftswahl 1995 die Koalition zu verlassen. Der „Seniorpartner“ SPD und die sich mit wirtschaftspolitischem Sachverstand schmückende FDP waren vom grünen Koalitionspartner vorgeführt worden. Dies verstärkte beim Wähler den Eindruck, beide seien nicht in der Lage, ihre Interessen bzw. die Interessen ihrer Wähler in der Koalition hinreichend um- bzw. durchzusetzen.⁸

Das Ende der ersten „Ampel“, der Koalition aus SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen in Brandenburg, vollzog sich vor dem Hintergrund der Debatte um die Vergangenheit von Ministerpräsident Manfred Stolpe. Im März 1994 erklärten Bündnis90/Die Grünen den vorzeitigen Ausstieg aus der Koalition. Bis zu den regulär im September 1994 stattfindenden Landtagswahlen regierte eine SPD/FDP-Minderheitsregierung unter Duldung der PDS weiter.⁹ Aus der Landtagswahl ging die SPD des charismatischen Landesvaters Stolpe mit einer satten absoluten Mehrheit hervor und weder der koalitionsstreuen FDP noch den Grünen gelang der Wiedereinzug in den Landtag. Der charismatische Manfred Stolpe mit seiner spezifisch ostdeutschen Biografie verkörperte für das Gros der Wähler in Brandenburg den sich um die Belange der Menschen kümmernden Landesvater so perfekt, dass die Koalitionspartner schlicht nicht wahrgenommen wurden. Die Kritik an seiner DDR-Vergangenheit vermochte dieses Bild in den Augen der Regierungsanhänger nicht zu beeinträchtigen; im Gegenteil schien ein entsprechender Teil der grünen Wählerschaft die von den Grünen geäußerte Kritik offenkundig nicht zu teilen und gab daher der SPD den Vorzug.

Die Galionsfigur der nach ihm „Schill-Partei“ genannten „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (PRO), der als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordene Hamburger Strafrichter Ronald Barnabas Schill, verkörperte – durch

eine entsprechende mediale Berichterstattung sekundiert – den Prototypus des *Law-and-Order*-Politikers. Mit seinem ganz auf das Thema Kriminalität/Innere Sicherheit ausgerichteten Wahlkampf 2001 stieß er in der Hamburger Bevölkerung auf breite Resonanz und erzielte mit seiner neu gegründeten Partei – die er als „CSU des Nordens“ bezeichnete – 19,4 Prozent, womit sie nahezu auf Augenhöhe mit der CDU angelangt war, die 26,2 Prozent der Stimmen erreichte. Die CDU bildete mit der PRO und der mit 5,1 Prozent schwachen FDP eine Dreierkoalition. Mit Schill als Innensenator und Zweitem Bürgermeister sowie den zwei weiteren Senatoren für Bauwesen sowie Umwelt und Gesundheit hatte die „Schill-Partei“ aus dem Stand einflussreiche Positionen in der hamburgischen Landespolitik erobert, während für die FDP nur das Bildungsressort verblieb.

Allerdings entsprach die politische Wirklichkeit in der Gestaltung der Landespolitik in etwa dem Inhalt des Wahlprogramms der CDU, die Koalitionspartner waren inhaltlich letztlich nicht zu erkennen. Selbst ihre Kernforderung, die Schaffung von 2.000 neuen Stellen im Polizeidienst – die gekoppelt war an das Wahlversprechen, binnen hundert Tagen die Kriminalität in der Hansestadt zu halbieren –, vermochte die „Schill-Partei“ nicht durchzusetzen; die Neueinstellungen beliefen sich auf die von Bürgermeister von Beust zuvor benannten Größenordnungen.¹⁰ Dazu häuften sich Skandale um Schill und Funktionäre seiner Partei. Und auch der Koalitionspartner FDP agierte in dem von ihm verantworteten Bildungsressort glücklos. Demgegenüber stieg die Popularität des charismatischen CDU-Bürgermeisters Ole von Beust, der für die Erfolge der Regierung stand, beständig. Nach einem Erpressungsversuch Schills entließ er diesen als Innensenator¹¹ und kündigte schließlich Ende 2003 – die Bürgerchaftsfraktion der PRO hatte sich zwischenzeitlich gespalten – die Koalition auf.¹² Aus den im Februar 2004 folgenden Wahlen ging die CDU mit 47,2 Prozent und einer absoluten Mehrheit der Mandate als strahlender Sieger hervor, während beide Koalitionspartner ihre parlamentarische Vertretung verloren; die PRO wurde mit Verlusten von 19 Prozent geradezu weggefegt.

Einen Sonderfall eines Drei-Parteien-Bündnisses stellt das „Magdeburger Modell“ in seiner ersten Variante einer PDS-tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung von 1994 bis 1998 dar, das mit einer Tolerierungsvereinbarung als Bündnis unterhalb einer förmlichen Koalition angelegt war.¹³ Die PDS war hierbei im Vorteil, sich weiterhin als oppositionelle Kraft profilieren zu können und gleichzeitig konkreten Einfluss auf die

Politikgestaltung durch rot-grün nehmen zu können, ohne sich dabei mit dem „Klein-Klein“ alltäglicher Regierungsarbeit auseinandersetzen zu müssen und sich dadurch angreifbar zu machen.¹⁴ Dennoch unterschied sich das Resultat der nächsten Landtagswahl 1998 in der Tendenz nicht von den bei den drei echten Dreierkoalitionen gemachten Beobachtungen. Die SPD verbesserte sich von 34,0 Prozent auf 35,9 Prozent, während die Grünen mit 3,2 Prozent deutlich unter die Fünf-Prozent-Hürde abstürzten. Die PDS verbuchte nur geringe Verluste von 0,3 Prozent und erzielte 19,6 Prozent. Der PDS kam offensichtlich ihre oppositionelle Grundhaltung zugute, durch das Tolerierungsabkommen war sie durch keinerlei Koalitionsdisziplin gehemmt und musste auch ihre grundsätzliche, systemoppositionelle Haltung nicht revidieren. Für die Grünen war offensichtlich zwischen einer staatstragenden SPD und einer opponierend mitgestaltenden PDS kein Raum für eine eigenständige Profilierung.

DIE STRUKTURELLEN PROBLEME VON DREI-PARTEIEN-KOALITIONEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Worin liegen nun genau die inhärenten Schwierigkeiten in einer Drei-Parteien-Koalition? In Dreierbündnissen stehen die kleinen Koalitionäre unter einem besonders hohen Profilierungsdruck. Auf ihnen lastet beständig der Druck, ihre politische „Marktlücke“ zu verteidigen, d.h. in der Koalition erkennbar bleiben zu müssen; sind sie dies nicht mehr, werden sie aus Sicht ihrer anspruchsvollen Wähler sehr schnell „entbehrlich“.¹⁵ Eine kleinere Partei wird daher – wie in Zwei-Parteien-Konstellationen auch – versuchen, möglichst viel von ihrem politischen Programm zu verwirklichen bzw. gegen die Koalitionspartner durchzusetzen. Indes sind die Bedingungen, unter denen sie dies erreichen muss, gegenüber Zweierbündnissen deutlich ungünstiger. Objektiv betrachtet verdoppeln sich in einem Bündnis mit einem weiteren Partner der Abstimmungsaufwand innerhalb der Koalition sowie die Anzahl der verschiedenen Positionen, die in den Abstimmungsprozess eingebracht werden bzw. dort Berücksichtigung finden müssen. Hierdurch werden die Entscheidungsprozesse und die Strukturen innerhalb des Regierungsbündnisses deutlich komplexer. Dies hat zwangsläufig Auswirkungen auf den politischen Gestaltungsprozess, Verzögerungen bei der Entscheidungs- bzw. Kompromissfindung und bei der Umsetzung von Vorhaben sind die Folge.¹⁶ Einen entsprechenden Eindruck in der Öffentlichkeit wird dies nicht verfehlen und kann auf diesem Wege bereits dem politischen Erfolg der Koalition abträglich sein.

Bei mehreren Partnern mit einem dementsprechend breiteren Spektrum an inhaltlichen Positionen steigt zudem das Risiko, dass Entscheidungen in einzelnen Bereichen von einem der Koalitionäre blockiert werden. Politische Blockaden wiederum werden vor allem für die kleineren Parteien als politisches Instrument interessant, da sie unter einem besonderen Profilierungs- und Rechtfertigungsdruck gegenüber ihren Wählern stehen und ihnen unter Umständen nur dieses Mittel als Ultima Ratio verbleibt, um sich innerhalb der Koalition und – noch viel wichtiger – gegenüber der Öffentlichkeit und dem Wähler Gehör zu verschaffen und als durchsetzungsfähig zu präsentieren.¹⁷

Naturgemäß ist in einem Dreierbündnis die Position und Durchsetzungskraft der Volkspartei als dem großem „Seniorpartner“, der neben der größten Fraktion und den meisten Posten und Apparaten auch über den die Richtlinienkompetenz in der Regierung ausübenden Regierungschef verfügt, besonders stark. Erfolge der Dreierkoalition werden in aller Regel mit der großen Partei „nach Hause gehen“, die bereits über die von ihr gestellte Person des Regierungschefs – als von der Öffentlichkeit wahrgenommenes „Gesicht“ der Regierung – deutlich im Vorteil ist. Bei den Wahlen schlägt sich dies regelmäßig in einem „Amtsinhaber-Bonus“ für die große Partei nieder. Da diese „Bonus-Stimmen“ nicht nur aus dem oppositionellen Lager, sondern auch aus den das Regierungslager stützenden Wählerschaften stammen, gehen diese Stimmenzuwächse für den „Senior-Partner“ wiederum mindestens teilweise zu Lasten der kleineren Koalitionspartner, die dadurch wiederum in die Gefahr geraten, geschwächt zu werden. Dies um so mehr, wenn die Koalition geräuschlos arbeitet und die kleineren Koalitionspartner hinter der Arbeit des Regierungschefs und seiner Partei zurücktreten. Hier wird der Wähler bald nicht mehr differenzieren können, ob und welche Inhalte und Verdienste dem einzelnen kleineren Koalitionär zuzurechnen sind.

Auf der anderen Seite ist ein Dauerkonflikt der beiden kleineren Koalitionspartner untereinander schwerlich vermeidbar. Um in dem Regierungsbündnis wahrgenommen zu werden, wird die einzelne kleinere Partei vor allen Dingen beständig versuchen, ihren Platz als „Nummer zwei“ und damit als führende Kraft unter den beiden kleineren Koalitionären, zu behaupten bzw. zu verteidigen. Im Unterschied zu Zweierbündnissen, wo eine Profilierung des kleineren Koalitionärs auf Kosten des großen Partners einfacher möglich ist – und bisweilen auch von beiden Seiten kalkuliert so praktiziert wird –, sind den Profilierungsmöglichkeiten der kleinen Koalitionäre in Dreierbündnissen enge Grenzen gesetzt.

In Zweierbündnissen kann die Profilierung des kleineren Partners auf Kosten des großen Partners eine die Regierung stabilisierende Funktion erfüllen. In umstrittenen politischen Fragen kann der kleine Koalitionär die Rolle der oppositionellen Kraft innerhalb der Regierung wahrnehmen, was einerseits die Profilierungsmöglichkeiten der parlamentarischen Opposition erschwert und andererseits die Kontroverse innerhalb der Anhängerschaft des Regierungslagers artikuliert. Auf diese Weise lassen sich Kritiker aus dem eigenen Wählerlager wieder einbinden. Zudem kann eine solche Profilierung des kleinen auf Kosten des großen Koalitionärs – zumal wenn er sich teilweise durchsetzen sollte – einen „David gegen Goliath“-Effekt auslösen und dem kleinen Koalitionär neue Sympathien und damit ihm selbst wie auch der gesamten Koalition neue Anhänger verschaffen.

Dies ist jedoch unter den Bedingungen einer Dreierkonstellation nur eingeschränkt möglich. Bei zwei kleineren Koalitionspartnern wird sich gegenüber dem Zweierbündnis die Anzahl der zu Profilierungszwecken betriebenen und ausgetragenen Konflikte zwangsläufig erhöhen. Da in dieser Konstellation auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gegenüber den beiden kleineren Koalitionspartnern der großen Regierungspartei gleichsam „aufgeteilt“ ist, sind beide kleinere Koalitionäre dazu gezwungen, stärker an ihrer Profilbildung zu arbeiten. Hierbei stehen die beiden kleineren Koalitionsparteien nun zudem in einem direkten Konkurrenzkampf. Jeder der kleineren Partner muss seine Stärke in dem Regierungsbündnis unter Beweis stellen. Jeder wird vor allen Dingen danach streben, als die führende Kraft unter den kleineren Koalitionären, als die „Nummer zwei“ wahrgenommen zu werden. Dazu ist es notwendig, dem anderen kleinen Koalitionspartner die eigene stärkere Durchsetzungskraft zu demonstrieren. Die Folge wird sein, dass die kleineren Koalitionäre den Konflikt auch direkt miteinander, d.h. in politischen Fragen, die das Selbstverständnis und das Regierungshandeln des anderen kleinen Konkurrenten und weniger des großen Partners betreffen, suchen werden.

Solche beständigen „Zündeleyen“ sind dabei ganz sprichwörtlich ein „Spiel mit dem Feuer“: Diese zwangsläufig gesteigerte Konfliktfreudigkeit innerhalb der Dreierbündnisse und hier insbesondere zwischen den beiden kleinen Koalitionären sind zwar durchaus geeignet, den Blick der Öffentlichkeit auf die Koalition und besonders auf den jeweils sich positionierenden Koalitionär zu richten, doch vermitteln solche ständigen Konflikte sehr rasch den Eindruck der Zerstrittenheit. Und der Wähler goutiert dies

erfahrungsgemäß nicht. Hier gilt die banale Alltagsweisheit: „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte.“ Hat die Koalitionsregierung dennoch Erfolge vorzuweisen, wird der Wähler geneigt sein, diese dem großen Koalitionspartner anzurechnen und ihm vor den zerstrittenen kleinen Parteien den Vorzug geben.

Jedoch birgt eine Koalition mit zwei kleinen Partnern im Dauerkonflikt auch für die große Partei Risiken. In einem von andauernder Auseinandersetzung und schwieriger Kompromissfindung geprägten Koalitionsklima besteht über kurz oder lang Gefahr für die Geschlossenheit der großen Regierungspartei.¹⁸ Ihre diversen Gruppen und Flügel werden versucht sein, zur Durchsetzung ihrer Interessen den Koalitionskonflikt gegenüber eigenen Parteifreunden zu instrumentalisieren, die große Regierungspartei agiert irgendwann nicht mehr einheitlich, Flügelkämpfe erhalten neue Nahrung. Zu guter Letzt erweckt auch die große Volkspartei selbst den – gegenüber dem Wähler abträglichen – Eindruck der Zerstrittenheit.¹⁹

FAZIT

Die kleineren Parteien in Dreierkonstellationen unter Führung einer der beiden Volksparteien bewegen sich beständig zwischen Skylla und Charybdis, zwischen der Notwendigkeit konstruktiven „geräuschlosen“ Handelns, um die Koalition zum Erfolg zu führen, und dem Zwang zur eigenen Profilierung. Ordnen sie sich im Bestreben um eine konstruktive Arbeit in der Koalition unter, werden sie schnell profillos und für den Wähler unattraktiv, arbeiten sie vermehrt an ihrer Profilierung, verschrecken sie die Wähler durch ein Abbild der Zerstrittenheit.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die kleineren Parteien in Dreierkonstellationen von vornherein die schlechteren Ausgangsbedingungen vorfinden als in Zweierkonstellationen. Im Regelfall dürften kleinere Parteien aus Dreierbündnissen geschwächt hervorgehen, was zum Vorteil für die in einer solchen Koalition führende Volkspartei gereichen wird. Da bei kleineren Parteien das „Polster“ an Wählerstimmen ohnehin grundsätzlich deutlich dünner bemessen ist als bei den Volksparteien, können sich angesichts der Fünf-Prozent-Hürde Stimmenverluste für diese sehr schnell existenzbedrohend auswirken. Gelingt es folglich der großen Partei, die Erfolge des Dreierbündnisses für sich zu reklamieren und hierdurch ihre kleinen Partner elektoral zu schwächen – unter Umständen gar unter die

Fünf-Prozent-Hürde zu drücken –, ginge letztlich nicht nur die bislang koalierende Volkspartei gestärkt aus dem Dreierbündnis hervor, sondern durch ein solches „Schrumpfen“ von kleineren Konkurrenten am Wählermarkt würden die beiden großen Volksparteien in ihrer Rolle als politische Marktführer gestärkt. Das zuvor weiter aufgesplitterte Parteiensystem wäre wieder ein Duopol, geprägt von zwei starken Volksparteien, die die Mehrheitsbildung günstigstenfalls allein oder aber wiederum in einem der bislang als Regel anzusehenden Zweierbündnisse bewerkstelligen können.²⁰ Für die Volksparteien können solche Dreierbündnisse als „Durchgangsstationen“ in einem segmentierten Parteienwettbewerb dienen, um wieder zu eindeutigeren Mehrheiten zu gelangen.

Die Entwicklungsperspektiven kleinerer Parteien in Dreierkoalitionen sind gegenüber den beschriebenen strukturell vorprogrammierten Nachteilen vergleichsweise gering. Das Risiko, aus einer solchen Konstellation geschwächt hervorzugehen bzw. sogar in Existenznot zu geraten, ist, wie auch die entsprechenden Beispiele zeigen, ungemein höher. Aus Sicht der kleineren Parteien erscheint es – so Sachzwänge eine Mehrheitsbildung aus drei Parteien unumgänglich machen – gegebenenfalls als weniger riskant, nur ein Tolerierungsmodell einer Zwei-Parteien-Koalition anzustreben. Dies erlaubt es der Partei, neben entsprechendem Einfluss auf das Regierungshandeln auch weiterhin eine der eigenen Profilierung zuträglich oppositionelle Haltung zu wahren. Diese Alternative könnte dann vorzugswürdig sein, wenn die Partei unter den beiden kleineren Bündnispartnern der Volkspartei die schwächere ist und von daher am stärksten Gefahr läuft, in einer Dreierkoalition aus den genannten Gründen „unterzugehen“.

- 1] So erklärte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, ein „Ampelbündnis“ hätte großen „Charme“. Vgl. „Struck sehnt Ende des Bündnisses herbei. Für SPD-Fraktionschef Peter Struck ist die Große Koalition nur eine Übergangslösung.“ In: Focus online vom 5. Mai 2007. – http://www.focus.de/politik/deutschland/grosse-koalition_aid_55451.html [23. Januar 2008].
- 2] So der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Friedbert Pflüger, der eine „Jamaika“-Koalition propagierte. Vgl. hierzu Pflüger, Friedbert: Bürgertum trifft Bürgertum. In: Spiegel online vom 27. März 2007. – <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,474182,00.html> [23. Januar 2008], wo er den grünen Vordenker und Vorsitzenden der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, zitiert: „Schwarz-Grün steht für eine neue Bürgerlichkeit. Das ist kein Parteiprojekt, sondern etwas, das sich gesellschaftlich bereits entwickelt hat – und in einer Koalition aus CDU und Grünen seinen politischen Ausdruck fände.“

- 3| Lediglich bei der ersten Bundestagswahl 1949 haben die beiden Volksparteien mit zusammen 60,2 Prozent schlechter abgeschnitten – allerdings unter den Bedingungen eines ohne die Fünf-Prozent-Hürde noch segmentierteren Parteiensystems, weshalb hier direkte Vergleiche hinken müssen.
- 4| Vgl. „Wahldebakel – Einer hat die Solidarität verraten.“ In: FAZ.net vom 18. März 2005. – <http://www.faz.net/s/Rub61EAD5BEA1EE41CF8EC898B14B05D8D6/Doc-E124C0DD734FB48F69C62F9FCFBAC3619-Atpl-Ecommon-Scontent.html> [23. Januar 2008].
- 5| Die Berliner SPD führte die Verhandlungen offenkundig vor allem auf Druck des SPD-Vorsitzenden, Bundeskanzler Gerhard Schröder. Vgl. hierzu Klaus, Hartung: Raus aus dem Rathausghetto. In: Die Zeit, 45/2001. – http://www.zeit.de/2001/45/200145_hauptstadt-wahl.xml?page=all [23. Januar 2008].
- 6| Dietsche, Hans-Jörg: Arbeit für Bremen und Bremerhaven (AFB). In: Decker, Frank / Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 151-154.
- 7| Vgl. „Grüne feiern 20-jähriges Bestehen. Fraktion zog 1983 erstmals in die Bremische Bürgerschaft ein.“ In: Welt online vom 12. November 2003. – http://www.welt.de/print-welt/article272482/Gruene_feiern__20-jaehriges_Bestehen.html [23. Januar 2008].
- 8| Eine dementsprechend vernichtende Bilanz der ersten „Ampelkoalition“ zieht ihr damaliger Regierungschef, Bürgermeister Klaus Wedemeier: „Die beiden kleinen Koalitionspartner der SPD haben unter einer Profilineurose gelitten. Die Grünen taten so, als könnten sie ihre schöne Oppositionszeit von immerhin zwölf Jahren ohne Verantwortung in der Regierung fortsetzen. Die FDP hatte nur eine vierjährige Parlamentserfahrung vorzuweisen und wollte sich ständig gegen die Grünen durchsetzen – unabhängig vom Thema und den Sachinhalten.“ Vgl. das Interview mit Klaus Wedemeier über die Bremer „Ampel“ in Denkler, Thorsten: „Nur schlechte Erinnerungen.“ Warnungen an Wowereit: Der ehemalige Bremer Bürgermeister denkt mit Schaudern an Deutschlands erste „Ampelkoalition“ zurück. In: Süddeutsche Zeitung vom 26. Oktober 2001. – <http://home.arcor.de/thorsten.denkler/inarbeitsprobenintwedemeier.html> [23. Januar 2008].
- 9| Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen im brandenburgischen Landtag, Günter Nooke, kommentierte Stolpes Auftritt vor einem Untersuchungsausschuss des Landtages zu seinen Stasi-Verstrickungen mit der Feststellung, Stolpe habe gelogen. Als Nooke die Aufforderung der SPD, die Äußerung zurückzunehmen, zurückwies, kam es am 22. März 1994 zum Bruch. Die beiden bündnisgrünen Kabinettsmitglieder, Umweltminister Matthias Platzeck und Bildungsminister Roland Resch, blieben in ihren Ämtern und verließen daraufhin die grüne Landtagsfraktion. Vgl. „Ampelkoalition in Brandenburg auseinandergebrochen.“ In: German News. Deutsche Ausgabe vom 23. März 1994. – <http://www.germnews.de/archive/gn/1994/03/23.html> [23. Januar 2008].
- 10| Vgl. zu Ankündigung und Umsetzung von Vorhaben der PRO in der hamburgischen Landesregierung: Drieschner, Frank: Hauptstadt des Versprechens. In: Die Zeit, 51/2002. – <http://www.zeit.de/2001/51/Schill-Bilanz?page=all> [23. Januar 2008]. Als einziges „Erbe“ der politischen Arbeit des Innenministers Schill und der PRO sind letztendlich nur die von ihm 2003 eingeführten dunkelblauen Uniformen für die Hamburger Polizei anzusehen.
- 11| Vgl. „Von Beust entlässt Innenminister Schill.“ In: Hamburger Abendblatt vom 19. August 2003. – <http://www.abendblatt.de/daten/2003/08/19/198319.html> [23. Januar 2008].

- 12| Vgl. „Koalition in Hamburg geplatzt: Neuwahlen.“ In: Hamburger Abendblatt vom 9. Dezember 2003. – <http://www.abendblatt.de/daten/2003/12/09/239212.html> [23. Januar 2008].
- 13| Hierzu Renzsch, Wolfgang / Schieren, Stefan: Große Koalition oder Minderheitsregierung: Sachsen-Anhalt als Zukunftsmodell des parlamentarischen Regierungssystems in den neuen Bundesländern? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 28 (1997) 3, S. 391-407.
- 14| „Ohne Rücksicht auf die Stabilität der Finanzen des Landes setzte sie (die PDS, H.-J.D.) hohe Forderungen vor allen Dingen für Lehrer und die kommunale Sozialverwaltung durch. Politische Akzente in der Landespolitik setzte die PDS nicht“, so Schieren, Stefan: Die Landtagswahl vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell“ mit einigen Mängeln. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 30 (1999) 1, S. 59.
- 15| Es wird vorliegend von der These ausgegangen, dass kleinere Parteien in einem von zwei sich alternierend in der Regierungsverantwortung abwechselnden Volksparteien geprägten, nach Art eines Duopols funktionierenden Parteiensystem dort reüssieren können, wo in diesem System Integrationslücken klaffen. Diese Integrationslücken treten in bestimmten Formen auf und können bei entsprechender Größe kleineren Parteien als Marktlücke im Parteienwettbewerb dienen. Vgl. Dietsche, Hans-Jörg: Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems. Eine funktionalistische Typologie unter Vergleich mit dem Vereinigten Königreich. – Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang, 2004. – S. 90.
- 16| Vgl. das Interview mit Wedemeier in Denkler: „Nur schlechte Erinnerungen.“ – (Fn. 8): „Wenn in Bremen der Grüne Umweltsenator und der liberale Wirtschaftssenator etwas abzustimmen hatten, dauerte das ewig. Die kamen einfach nicht zueinander. Irgendwann war der vermittelnde Koalitionsausschuss das Gremium, das am häufigsten tagte. Am besten war es, wenn sich die streitenden Senatoren nur in den Senatssitzungen begegneten und nicht in der täglichen Arbeit.“
- 17| In besonderem Maße schien dies für das Abstimmungsverhalten der Hansestadt Bremen im Bundesrat während der „Ampel“ zu gelten, da hier abseits der „Niederungen“ der Landespolitik die Landesregierung an den „großen“ Themen der Bundespolitik mitwirken kann. Für die kleinen Koalitionäre ist die plakative Stellungnahme zu bundespolitischen Themen über den Bundesrat daher für die politische Profilierung besonders interessant. Vgl. auch Denkler: „Nur schlechte Erinnerungen.“ – (Fn. 8): „In Bremen hatten wir praktisch eine Dauerblockade, weil einer der beiden kleinen Koalitionspartner immer ausgesichert ist. Das ist für ein Land, das wie Berlin oder Bremen unter einer finanziellen Notlage leidet und auf die Hilfe der Bundesregierung angewiesen ist, sehr nachteilig. Wenn man der Bundesregierung im Bundesrat nicht helfen kann, hat das Land auch schlechtere Karten bei eigenen Anliegen.“
- 18| Vgl. Denkler: „Nur schlechte Erinnerungen.“ – (Fn. 8).
- 19| Vgl. ebd.
- 20| Allen Tendenzen zur Segmentierung im Parteiensystem zum Trotz sind absolute Mehrheiten für eine Partei heute immer noch alles andere als eine Ausnahmerecheinung. Im Jahr 2007 regierten in sechs von sechzehn Ländern Parteien mit absoluter Mehrheit: die CDU in Hamburg, Thüringen, Hessen und dem Saarland; die CSU in Bayern sowie die SPD in Rheinland-Pfalz.